

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlangen gegen die Postämter
für den Anzeiger des Erzgebirges
gegen - Erhalten wertmäßig
entsprechend - Aufschlag Nr. 53.

Postgesetzliche Anzeiger
Postgesetzliche Anzeiger aus dem
Gebiet des Erzgebirges, aus
dem Gebiet des Erzgebirges, aus
dem Gebiet des Erzgebirges, aus
dem Gebiet des Erzgebirges, aus
dem Gebiet des Erzgebirges, aus

Telegramm: Kageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Ann. Postfach-Nr. 1000

Nr. 144

Montag, den 23. Juni 1924

19. Jahrgang

Die Lügen über deutsche Rüstungen.

Eine Erklärung Dr. Gehlers.

Reichswehrminister Dr. Gehler hatte eine Unterredung mit einem Vertreter der deutsch. Presse, in der er a. a. ausführte: „Mit Beginn der Regierungskrise und der Zurückdrängung der Rechtsparteien hat in Frankreich von dieser Seite ein systematischer Pressefeldzug angelegt dessen deutlich erkennbare Ziele auf der Hand liegen. Es gilt, erneut die Weltmeinung in der Frage gebliebener deutscher Rüstungen zu vergiften. Von dem „Matin“ und der „Daily Mail“ in Szene gesetzt, von allen französischen Zeitungen gierig aufgegriffen und auch von der englischen Presse mehr oder minder kritisch wiedergegeben, sind eine Fülle von Nachrichten, Artikeln und Telegrammen erschienen. Sie tragen Ueberschriften wie: Deutschlands militärische Wiedergeburt, Ausbildung der jungen Jahrgangsklassen, Das Krümpersystem. Die Mobilmachung ist fertig. In den Choren dieser Zeitungen stimmt nach einem uns vorliegenden Telegramm auch der „Temps“ ein, der einen Artikel des verächtlichen Leutnants Reboul mit der Ueberschrift „Die deutsche Militärgefahr“ bringt. Mit ebenso großer Böswilligkeit wie plumper Dummheit wird darin u. a. der „Nachweis“ zu bringen versucht, daß Deutschland von heute besitze genügend Kadern, um die ganze Nation unter Waffen zu stellen. Schließlich verweist sich der „Matin“ zu der Behauptung: „Deutschland ist also moralisch und materiell für eine sofortige Mobilmachung bereit.“ Derartige blühlich lawinenartig anschwellende Meldungen sollen in der Welt den Anschein erwecken, als ob ebenso blühlich und gegen Deutschlands wahre Lebensinteressen ein heftiger Rüstungswahnsinn in Deutschland eingesetzt hätte. Und das zu einer Zeit, wo Deutschland ebenso wie alle anderen am wahren Frieden interessierten Mächte für die endgültige Durchsührung der brennenden wirtschaftlichen Fragen eine ruhige und unvergessene Atmosphäre benötigt. Alle diese Nachrichten entspringen natürlich jeder Grundtatsache, Deutschland hat abgerüstet, es fehlt ihm jede materielle Möglichkeit, um Krieg zu führen. Frankreich hat ein Heer von mehr als 700 000 Mann, Deutschland ein solches von nur 100 000 Mann, Frankreich hat schwere Artillerie, Tausende Flieger, Deutschland keinerlei solche Waffen, ohne die ein Krieg überhaupt nicht geführt werden kann.

Bretschneider über den Besuch bei Herriot.

Der deutsche Reichstagsabgeordnete Dr. Bretschneider erklärte einem Vertreter des „Deutsch“, daß er beim französischen Ministerpräsidenten Herriot weder einen offiziellen noch einen offiziellen Auftrag zu erfüllen habe. Er kenne Herriot seit zwei Jahren und wolle diese Bekanntschaft erneuern. Es sei völlig unwahr, daß er Herriot die Ernennung Kollerts zum Kriegsminister empfohlen habe. Herriot sei vom besten Willen erfüllt, um den Frieden in Europa herbeizuführen und eine Wiedervereinbarung zwischen Frankreich und Deutschland herzustellen. Ein Einvernehmen zwischen beiden Ländern sei möglich. Deutschland habe den Dawesbericht durch die Abstimmung im Reichstag angenommen und die deutsche Regierung bereits gegenwärtig Durchführungsgehalte vor. Da auch alle anderen Regierungen den Bericht annahmen oder annehmen werden, so habe man die Grundlätze für die Bazillierung Europas gefunden. Bretschneider bedauert die Erklärung Herriots über die Rumuna des Ruhrgebietes, die man in Deutschland nicht verstehen werde. Denn alle Garantien und alle notwendigen Pflichten seien bereits im Sachverständigenbericht vorgelesen. Wenn Frankreich andere Garantien und andere Pflichten haben wollte, so wäre dies der Keim für neue Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten. Denn der Sachverständigenbericht bezwecke nicht eine Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland, sondern er sei die Grundlage für die europäische Wiedervereinigung. Infolgedessen habe Frankreich nicht das Recht, andere als die im Dawesbericht vorgelesenen Pflichten zu verlangen. Die Militärkontrolle durch alliierte Offiziere verleihe die öffentliche Meinung in Deutschland. Wenn man in Deutschland Rüstungen vornehme, die der Versäulter Vertrag nicht gestatte, so würde dies niemals geeignet sein, den Krieg gegen Frankreich zu erniedrigen. Diese heimlichen Rüstungen seien nur eine Gefahr für die deutschen Republikaner und revolutionären Arbeiter. Die sozialistischen Arbeiter müßten diese Rüstungen verhindern. Bezüglich der letzten Note der Botshafterkonferenz in der Frage der Militärkontrollen habe die Reichsregierung noch keine Stellungnahme gefaßt, doch ist Bretschneider überzeugt, daß das Reichskabinett alles tun wird, um zu verhindern, daß die Kontrolle der Rüstungen durch alliierte Offiziere mit den Alliierten vereinbart wird. Die Sicherheit werde übrigens die Wiedervereinigung zwischen Frankreich und Deutschland sein.

In Deutschland erwarte man die Befreiung aller im Ruhrgebiet Gefangenen und die Erlaubnis der Rückkehr für alle Ausgewiesenen, weil diese nur als deutsche Untertanen und Patrioten handelten.

Der deutsche Botschafter bei Herriot.

Im Auftrage der Reichsregierung hat der deutsche Botschafter in Paris Herr v. Goesch am Freitag, Herriot erneut einen Besuch abgestattet, um von ihm einige Erklärungen über verschiedene Punkte des Regierungsprogramms zu erlangen. Herr v. Goesch hat um Klärung darüber, was Herriot in seinem Programm unter den erforderlichen Garantien im Ruhrgebiet nach Anwendung der Sachverständigenberichte gemeint habe, die bei einer Rumuna des Industriebezirks für die französische Regierung unerlässlich seien.

Der französische Ministerpräsident wies in seiner Antwort darauf hin, daß auch in diesen Fragen sehr viel von seiner Besprechung mit Macdonald abhängt. Erst wenn er sich mit London und Brüssel verständigt habe, könne er ersichtliche Auskunft geben.

Goesch kommt nach Berlin.

Wie eine Korrespondenz erklärt, wird der deutsche Botschafter in Paris Herr v. Goesch sich voraussichtlich nach Berlin begeben und dabei den maßgebenden amtlichen Stellen über die Lage, wie sie sich nach den französischen Kammerwahlen gestellt hat, Bericht erstatten. Es dürfte bei dieser Gelegenheit außerdem die aus dem Dawesplan und den Macdonaldverträgen sich ergebenden Probleme, vor allem auch die Frage der internationalen Militärkontrolle, und im Zusammenhang hiermit die in der letzten Zeit von französischer Seite besonders eifrig verbreiteten Gerüchte von angeblichen deutschen Rüstungen zur Sprache kommen.

Wiesbaden wieder Regierungssitz.

Die Wiesbadener Regierung, die noch zurzeit in Frankfurt a. M. amtiert, erhielt heute mittag von der Rheinlandkommission die telephonische Mitteilung, daß ihrer Einreise nach Wiesbaden keine Bedenken mehr entgegenstünden. Die schriftliche Bestätigung wird sofort erfolgen. Regierungspräsident Dr. Haenisch wird demnach in aller nächster Zeit mit seinem Beamtenstab nach Wiesbaden abreisen.

Neue Verhaftungen im Ruhrgebiet.

Der deutsch-nationale Studienrat Stadtverordneter Irle wurde im Gymnasium während des Unterrichts in Klassenstube von der Besatzung festgenommen. Sein Schrank im Konferenzzimmer sowie auch seine Wohnung wurden durchsucht. Weiter wurden die Brüder Artur und Heinrich Westerkamp festgenommen, nachdem ihre Wohnung ebenfalls durchsucht war.

Ein deutsches Memorandum für Macdonald.

Wie verlautet, hat der deutsche Botschafter in London Chamberlain der englischen Regierung ein Memorandum übergeben, in der der deutsche Standpunkt dargelegt wird, wie er sich nach dem Regierungswechsel in Frankreich gegenüber den schwebenden politischen Problemen für die Reichsregierung ergibt.

Herriot bei Macdonald.

Sonabendabend um 1/2 7 Uhr ist Herriot mit einhundertständiger Versammlung auf dem Londoner Victoriabahnhof in Begleitung seines Kabinettschefs, seines Privatsekretärs und eines Dolmetschers, eingetroffen. Die anwesende große Menschenmenge brachte dem Premier eine Ovation dar. Auch fast das ganze Ministerium war zur Begrüßung erschienen. Der französische Ministerpräsident besaß nach kurzem Aufenthalt einen Kraftwagen, um sich nach Chequers zu begeben. Die Aussichten der Zusammenkunft werden hier optimistisch beurteilt. Man verheißt sich indessen nicht, daß von einem kaum vierundzwanzigstündigen Besuche — Herriot beabsichtigt, Sonntag nachmittag um 3 Uhr Chequers wieder zu verlassen — keine schwerwiegenden Ergebnisse erwartet werden können, um so mehr, da zu der Unterhaltung keine Sachverständigen hinzugezogen werden sollen. Die ganze Verhandlung dürfte also lediglich vorbereitenden Charakter tragen.

Eine internationalisierte Konferenz in London?

Nach Schluß der in Chequers abgehaltenen Besprechungen wurde eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, in der es heißt: Die zwischen den Premierministern Frankreichs und Englands am Sonnabend und Sonntag in Chequers abgehaltenen freundschaftlichen, aber nicht formellen Erörterungen betrafen auf gewisse Fragen, die sich aus dem Dawesbericht und auf Macdonalds, die zu ihrer Verwirklichung notwendig sind. Bestimmte Behauptungen konnten angesichts der schwebenden Unterhandlungen mit der italienischen und der bel-

gischen Regierung nicht gefaßt werden. Die Unterredungen zeigten eine allgemeine Uebereinstimmung zwischen den Auffassungen Frankreichs und Englands und auf Seiten der beiden Premierminister die gemeinsame Entschlossenheit, den Schwierigkeiten in sorgfältigstem Zusammenwirken entgegenzutreten, welche ihre beiden Länder nicht nur, sondern die ganze Welt bedrohen. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, daß im Einvernehmen mit den anderen Alliierten eine Konferenz in London nicht später als Mitte Juli abgehalten werden soll, um eine endgültige Verständigung über das einschlagende Verfahren herbeizuführen. Endlich besteht zwischen den beiden Premierministern Uebereinstimmung darüber, daß sie sich beide zur Eröffnung der Völkerbundversammlung im September d. J. zu kurzem Aufenthalt nach Genf begeben wollen.

Nach Ausgabe des Kommuniqués beschloßen Herriot und Macdonald, folgenden Zusatz zu veröffentlichen: Angesichts der Schwierigkeiten, die nicht nur die beiden Länder, sondern die gesamte Welt beeinflussen, haben wir uns dahin verständigt, unter uns einen moralischen Pakt zum Zwecke fortgesetzter Zusammenarbeit abzuschließen.

Gründung einer nationalliberalen Reichspartei.

Im Reichstagsgebäude tagte am Sonntag eine von etwa 100 Vertretern der nationalliberalen Vereinigung Berlin-Brandenburg besuchte Versammlung, zu der auch Anhänger der nationalliberalen Vereinigung aus den übrigen Teilen des Reiches erschienen waren. Die Versammlung beschloß die Gründung einer nationalliberalen Reichspartei. Die zu dem Ausbau der Parteiorganisation erforderlichen Arbeiten sollen — insbesondere auch im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen in Preußen — unverzüglich in Angriff genommen werden. Es wurde sofort ein Organisationsauschuß von 40 Mitgliedern gebildet und zum Vorsitzenden der Partei der Reichstagsabg. Dr. Marecki gewählt.

Tagung der deutschen Zeitungsverleger.

Reichsminister Jarres über das neue Journalistengesetz.

In Gegenwart des Reichsministers des Innern Dr. Jarres, des Chefs der Presseabteilung der Reichsregierung Dr. Eberle, von Dr. Thilo vom Reichspostministerium, mehreren württembergischen Ministern und Vertretern von Behörden, begrüßte am Sonnabend vormittag der Vorsitzende des Vereins deutscher Zeitungsverleger Kommerzienrat Dr. Krammhaar-Bieglich die 30. Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger in Stuttgart.

Reichsminister Dr. Jarres hielt eine Rede, in der er u. a. ausführte:

„Wir werden das Ergebnis der heutigen Beratungen abwarten, um mit den Spitzenorganisationen beider Seiten zusammenzutreten, denn nur so kann der Weg gefunden werden zur Aufrechterhaltung einer Presse wie wir sie bisher hatten, die sich eines Hochstandes erfreut, um den uns die ausländische Presse beneidet. Eine Einigung über das Journalistengesetz sollte gefunden werden. Gewiß muß der Verleger seine Bedeutung und in vielen Punkten endgültigen Einfluß auf die Zeitung behalten. Andererseits muß aber nicht nur das Arbeitsrechtsverhältnis des Schriftleiters, sondern auch sein Berufsankessen so gehoben werden, daß dem Verleger wirklich ein kraft- und wertvoller Schriftleiter zur Seite steht. Wir werden in objektiver Würdigung der beiderseitigen Belange und nach reiflicher Ueberlegung und Rücksprache mit beiden Seiten dasjenige vorschlagen, was wir im Interesse der deutschen Presse der Verleger und der Schriftleiter für notwendig halten.“

Der Minister gedachte dann wie schon vorher der Vorsitzende der treuen aufopferungsvollen Hingabe der Verleger im besetzten Gebiet an das Vaterland und teilte mit, daß bisher 40 Verleger zwangsweise die Heimat verlassen mußten und über 500 Zeitungen des besetzten Gebietes durch Gewaltakte unterdrückt worden sind.

Nach der Rede des Reichsministers Dr. Jarres nahm Professor Ferdinand Wolff-Dresden, zweiter stellvertretender Vorsitzender des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, das Wort zu einem umfassenden Vortrag über das Thema: „Regierung und Presse“. Er schilderte an Hand der Geschichte des Zeitungswesens und der Pressegesetzgebung in den Kulturländern, wie es immer zum Unheil von Volk und Staat ausgeschlagen sei, wenn die Gesetzgeber versucht haben, die Pressefreiheit zu beschränken. Der Redner ging besonders ausführlich auf die Entwicklung der Pressegesetzgebung in England ein und zeigte die Ziellosigkeit der englischen Regierung und Pressepolitik und die damit zusammenhängende Unzufriedenheit des englischen Volkes auf. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen, und es wurde